

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 7-8 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittag 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeilage und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. V.: 2250 Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 557

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Kamenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 149

Mittwoch, den 29. Juni 1938

90. Jahrgang

## Deutsch-türkische Wirtschaftsbeziehungen

### Reichsminister Funk vor der türkischen Handelskammer für Deutschland

Anlässlich ihrer Zehnjahrfeier veranstaltete die türkische Handelskammer für Deutschland im Hotel „Kaiserhof“ in Berlin einen Empfangsabend. In seiner Begrüßungsansprache gab der türkische Botschafter Sami Arpaq seiner Freude Ausdruck, unter den Gästen den Reichswirtschaftsminister willkommen heißen zu können. Der Botschafter erwähnte dann die erfolgreiche Arbeit der türkischen Handelskammer.

Während im Jahr 1933 der Wert des deutsch-türkischen Warenaustausches rund 75 Millionen Mark betrug, ist er nach fünf Jahren auf rund 209 Millionen Mark gestiegen. Die Regierungen beider Länder wünschten ausdrücklich, diese wirtschaftlichen Beziehungen in noch höherem Maß zu entwickeln.

Der Botschafter schloß mit dem Wunsch, daß die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen in Zukunft sich in einer den Interessen der beiden Länder entsprechenden Weise noch stärker entwickeln mögen.

In seiner Erwiderung brachte

Reichswirtschaftsminister Funk

zunächst seine herzlichsten Glückwünsche zu der Zehnjahrfeier der türkischen Handelskammer für Deutschland zum Ausdruck, zugleich mit der Erwartung, daß diese auch in der Zukunft ihre Arbeit für den weiteren Ausbau der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen erfolgreich fortsetzen möge.

Unter der weitblickenden und zielbewußten Führung des Begründers der türkischen Republik, Atatürk, sei die

Türkei in einer alle Kräfte des Volkes zusammenschließenden Arbeitsspannung im Begriff, eine starke, in sich gesunde und von äußeren Wirtschaftseinflüssen unabhängige Nationalwirtschaft zu schaffen. Gerade im nationalsozialistischen Deutschland würden die von der Türkei in ihrem Kampf um wirtschaftliche Stärke und Unabhängigkeit erreichten Erfolge voll gewürdigt. Starke und gesunde Nationalwirtschaften seien eine feste und sichere Grundlage für den Neubau der Weltwirtschaft. Die Handelsbeziehungen zwischen der geträugelten türkischen Volkswirtschaft und der krisenfesten deutschen Nationalwirtschaft böten den besten Beweis für die Wichtigkeit dieses Satzes.

„Ich glaube sagen zu dürfen“, fuhr der Minister fort, „daß Deutschland und die mit ihm in schwersten Kriegsjahren verbündete Türkei durch die gesunde Ausgestaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen einen wesentlichen Beitrag nicht nur zu dem Neubau der Weltwirtschaft, sondern auch zu dem großen Friedenswert geleistet haben und auch in Zukunft zu leisten willens sind. Gegenwärtig stehen wir bei der Ausgestaltung unserer Handelsbeziehungen vor neuen Aufgaben. Nach der Rückkehr der Ostmark in das Reich ist es notwendig, die bestehenden deutsch-türkischen Wirtschaftsvereinbarungen auch auf die Ostmark auszuweiten.“

Der Minister schloß mit dem Wunsch, daß die in Kürze über diese und andere Fragen in Berlin beginnenden deutsch-türkischen Wirtschaftsverhandlungen zum Wohl beider Länder von Erfolg gekrönt sein mögen.

Nach den Worten von Dr. Fuchs fielen diese Korrespondenten auf alles herein, wenn es nur gegen Deutschland gerichtet sei und ihnen mit dem Schein der Wahrheit übergeben werde.

Am Schluß der Tagung befaßte man sich mit der Notwendigkeit, eine Zentralkasse der Hilfsorganisation für Flüchtlinge einzurichten, um zu verhindern, daß weiterhin Hunderte von Personen als Flüchtlinge aus Oesterreich von Hilfskomitee zu Hilfskomitee zögen, ihre angeblichen in Oesterreich empfangenen Wunden vorwiesen und sich größere Summen geben ließen, mit denen sie dann gut leben können. Es gebe Elemente, die es schon zu beachtlicher Fertigkeit in diesem Gewerbe gebracht hätten. Durch derartige Praktiken litte aber die Hilfsbereitschaft französischer Kreise, die mißtrauisch würden und sich von den Hilfsaktionären zurückzögen.

### Gewalt gegen Volksgruppen

Ausschlußreiche Worte des tschechischen Justizministers

Auf einer demokratischen Versammlung in der Nähe von Bregburg hielt am Sonntag Justizminister Dr. Derer eine Rede, in deren Verlauf er neue Gewaltmaßnahmen gegen die Volksgruppen ankündigte. Er führte u. a. aus: Man dürfe auf keinen Fall dulden, daß jemand die Grundlage des Staates untergrabe. Die Demokratie müsse stark und energisch gegen gequerliche Elemente auftreten. Die Regierung sei entschlossen, jeden Versuch einer Verfassungsänderung zu nichte zu machen. Das Gesetz über die Disziplinargerichte bei jeder Landesbehörde werde mit aller Konsequenz durchgeführt werden.

„Die Angelegenheiten des Staates, der staatlichen Unternehmungen und Institutionen, sowie auch alle Gemeinde- und Kirchenfunktionen, die einen Teil ihres Gehaltes aus der Staatskasse beziehen“, führte der Vertreter der Demokratie wörtlich an, „werden vor die Disziplinargerichte gestellt werden, wenn sie gegen die Einheit und Souveränität der demokratischen Staatsform oder solchen Organisationen angehören, welche gegen die Einheit und Souveränität der Republik gearbeitet haben.“ Nach den Gemeindevätern sei die Regierung entschlossen, der Destruktion ein Ende zu machen, denn in der tschechischen Republik müsse endlich Ordnung herrschen. (!)

### NSB-Arbeit gegen Kindersterblichkeit

Die Betreuung des deutschen Menschen setzt schon an der Wiege ein.

In diesen Tagen sind in Bochum die Leiter der Abteilungen Volksgesundheit der NSDAP für Volkswohlfahrt zu einer Arbeitstagung versammelt. Der Dirigent des Amtes für Volkswohlfahrt, Dr. med. Walter, wies im ersten Vortrag der Tagung auf die große Bedeutung des Amtes für Volksgesundheit im Dienste der Bevölkerungspolitik hin. Die Aufgabe für die Zukunft liege vor allem in Verhütungs- und Vorbeugungsmaßnahmen, um das Volk vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren und es in allen seinen Gliedern gesund zu erhalten. Wichtigste Sonderaufgaben seien die Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit.

Der zielbewußten Aufklärungsarbeit des Amtes für Volksgesundheit sei es gelungen, die Säuglingssterblichkeit in Deutschland von 7,9 v. H. auf 6,8 v. H. herabzubringen; das bedeute, daß in einem Jahr 300 000 Kinder mehr am Leben erhalten blieben.

Die Betreuung des Menschen durch die NSB. setze schon an der Wiege ein. So habe die NSB. bisher rund 23 Millionen RM. für Kinderwagen, Säuglingskörbe und Säuglingsausstattungen ausgegeben. Deutschland besitze heute 150 000 Kindergärten und 120 000 Erntekindergärten, die von der NSB. betreut werden. Auch der Reichsmütterdienst sei in den letzten Jahren fortgesetzt ausgebaut worden.

## Ein Komitee für Oesterreich-Hez

### Marxisten und „Vaterländische“ in Paris an einem Tisch

In der Auslandspresse ist eine neue Pressehefte gegen Deutschland entzückt worden. Ueber die Hintergründe der Hez gegen Deutschland werden aus österreichischen Emigrantenzentren soeben sehr interessante Einzelheiten bekannt. Es sieht danach fest, daß der Plan zu der neuen großangelegten Hezaktion, die ihren Anfang am 16. Juni nahm, auf eine Konferenz zurückgeht, die am 7. und 8. Juni in Paris stattfand.

An dieser Konferenz, die von österreichischen Emigranten einberufen und in den Räumen der „Ente Autrichienne“ am Boulevard Malesherbes 113 abgehalten wurde, nahmen außer in Paris lebenden österreichischen Emigranten, darunter Angehörigen der ehemaligen österreichischen Gesandtschaften in Paris und London, auch jüdische Emigranten aus dem alten Reich teil. Man bemerkte unter ihnen den kommunistischen Landesverräter Walther Mehring, den Juden Georg Bernhard und den ehemaligen Millionär und „Vorwärts“-Redakteur Stämpfer, der kürzlich seinen Wohnsitz von Karlsbad nach Paris verlegt hat. Ferner war eine Abordnung österreichischer Emigranten aus Brüssel erschienen, die ihren Weg über Krakau, Gdingen, Kopenhagen nehmen mußte, weil ihr die Reise über Jugoslawien und Italien nach Paris zu unsicher erschien. Von französischer Seite waren u. a. der jüdische „Präsident der Weltliga zur Abwehr des Antisemitismus“, Bernard Le Cache, vertreten, der bei seiner deutschfeindlichen Aktion zu fehlen pflegt.

Auf dieser Konferenz ist es zu starken Meinungsverschiedenheiten gekommen, die insbesondere zu heftigen Angriffen der Vertreter der Vaterländischen Front gegen die Marxisten führten, die angeblich am Zusammenbruch der Vaterländischen Front schuld sein sollen. So wurde ein Brief des Generalsekretärs der Vaterländischen Front, Bernatto, Schwiegerohn eines Rabbiners, verlesen, der heftige Angriffe gegen die Leiter des ehemaligen Sozialdemokratischen Schützverbundes enthielt.

Zwei Punkte der Tagung waren finanzielle Fragen. Es erab sich, daß die Aroken der österreichischen Emi-

gration von der Familie Rothschild zur Verfügung gestellten Summen für Reisen der Hintermänner des Hilfskomitees „Accueil Français aux Autrichiens“ aufgebraucht worden sind, die offenbar mit ihrer eigentlichen Zweckbestimmung nicht zu vereinbaren sind.

Die Vertreter des Komitees hätten zunächst teure Autos angeschafft und in den luxuriösesten Hotels einen guten Tag gelebt, während die mit Versprechungen über die Grenze gelockten kleinen Angestellten und ehemaligen Amtswalter der Vaterländischen Front im Obdachlosen asyl wohnen und sich von Almosen nähren mußten.

Der dritte Punkt der Tagung brachte dann völlige Uebereinstimmung darüber, daß mit einer großangelegten Aktion nochmals durch Erregung von Mitleid die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Oesterreich gelenkt werden müsse. Zu diesem Zwecke wurde ein Komitee eingesetzt, dem u. a. fünf aus Wien geflüchtete jüdische Redakteure angehören. Bernard Le Cache wurde mit der Beschaffung der notwendigen Mittel beauftragt, die er zum Teil von der Sowjetbotschaft in Paris hoffte erhalten zu können, wenn nach seinen Äußerungen auch deren finanzielle Leistungsfähigkeit schon für andere Zwecke stark in Anspruch genommen sei.

Der Jude Bondy aus Wien, früher Berlin, erhielt den Auftrag, insbesondere auf die tschechische Presse einzuwirken und dabei das Argument zu verwenden, daß Aussicht bestehe, mit einem Trommelfeu von Meldungen über Gegenstände, Not, Hunger und Niedergang in Oesterreich die Sudetendeutschen abzuschrecken und für die Prager Verhandlungen willfähriger zu machen. Es wurde festgesetzt, daß die Lancierung von Meldungen am 16. und 17. 6. gleichzeitig in Paris, London, Prag und Warschau beginnen soll.

Besonderer Wert solle auf die Bearbeitung der stets nachrichtenhungrigen Korrespondenten französischer, englischer und amerikanischer Blätter in Prag gelegt werden, die für die Entgegennahme „guter Informationen“ aus Wien stets empfänglich seien, wenn diese Information in der zweckmäßigen Form gefesse.

